

se zurück
enarzt, Wesel
8—10, 2—4 ausser
amittags.

d gut!
Stück nur 0.05
Stück nur 0.10
er-Dose nur 0.90
er-Dose nur 0.90
er-Dose nur 0.90
er-Dose nur 0.85
nberg
Nordstr. 29.

pporthaus
Privatschlachtungen
la. gar. reine
chlachtgewürze.
Ravardistr. 11.
Telef 2260.

Fußböden
nd leicht
vachs
D. —.80,
D. -.85, 1/4 D. -.60.
Maaß
Telefon 2691.

Wer
irklich dauerhaft
bauen will
wende in eigenstem
Interesse nur
gefäßtes
la. oberrhein.
auholz
von
Aug. Böhm
Wesel am Rhein
npfeäge- u. Hobel-
werk (700 PS)
Tel. 33 und 75.

leine Anzeigen
Wohnung- u. Stel-
n-Angebote und
esuche, An- und
Verkäufe, haben
achweislich den
esten Erfolg
im
ocholter Volksblatt

KE
Bur, do namm
et to.
nicht immer
ppe,
uchi,
ttelbigkeit,
r Haut
Markt 8, und
ot Kur.
iner

Rhedaer Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt: Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 3[illegible] | Freitag, den 11. November | Jahrgang 1927

Die Beseitigung der Ein- und Ausfuhrhindernisse.

Von unserem Genfer Vertreter.

ig. **Genf**, 9. November.

Die Konferenz zur Unterdrückung der Ein- und Ausfuhrhindernisse und -Beschränkungen hat soeben ihr Ende gefunden. Zwar ist dies Ende nicht besonders ehrenvoll, sodaß man vielleicht einen heldenhaften Untergang des ganzen Unternehmens hätte vorziehen können. Immerhin türmten sich bei der Beratung der einzelnen Fragen derartig enorme Schwierigkeiten auf, daß schließlich ein Kompromiß doch noch vorteilhafter schien als ein Auseinandergehen ohne jeden Erfolg. Dieses Kompromiß ist mit überwiegender Mehrheit zustande gekommen, indem 18 von 34 Staaten, darunter sämtliche Großmächte, unterzeichnet haben und somit die Wahrscheinlichkeit besteht, daß sich die kleineren Staaten unter dem moralischen Druck der Großen im Laufe der Zeit anschließen werden.

Die Konvention war ein Riesenwerk von Diplomatenarbeit. Schon während der Konferenz zeigten sich die beinahe unversöhnlichen Strömungen in der englischen und der deutsch-italienischen These. Es schien das Schicksal des Auseinanderfallens unabwendbar, als der holländische Ministerpräsident Colin eine Gefechtspause eintreten ließ. In der Tat: sie erfüllte ihren Zweck! Das Riesenwerk der Paraphierung der Wirtschaftsbeziehungen der Völker zueinander liegt vor, nachdem die Beratungen in unzweideutiger Weise gezeigt haben, in welch unsinniger Weise das Europa von heute wirtschaftlich wie zolltechnisch organisiert ist.

Die Konvention besteht aus drei Teilen. Der erste enthält die Paraphierung der wirtschaftlichen Strömungen in den einzelnen Ländern bezw. den in juristischen Formeln ausgedrückten Versuch, mittels rechtlicher Deduktionen das internationale verflochtene Wirtschaftsleben sämtlicher Staaten Europas zu bestimmen. Im zweiten Teil folgt das eigentliche Protokoll, während der dritte Teil den Schlußakt enthält, worin nochmals in großen Zügen zu den einzelnen Problemen Stellung genommen ist. Außerdem sind in diesem dritten Teil die Namen sämtlicher Delegierter der 34 Staaten aufgezählt, unter denen sich eine Menge bedeutender wirtschaftlicher Köpfe befanden.

Worin liegt das praktische Ergebnis dieser zweiten großen Wirtschaftskonferenz? Eine gewisse Ironie dieser Konferenz liegt darin, daß die liberalen Grundgesetze auf dem Gebiete der Handelspolitik vor allem von England, dem klassischen Vorkämpfer für Freihandel, desavouiert wurden und England sich mit seinem bekannten Sinn für Realpolitik ohne moralische Skrupel auf die Seite der Staaten schlug, die hochprotektionistische Wirtschaftspolitik betreiben. Dieses England, dem die Führung der europäischen Politik faktisch in die Hände gelegt ist, dieses England, das in pathetischen Worten für den Weltfrieden eintritt, hat bei dem ersten ernsthaften Versuch, den Weltfrieden, soweit er von der Wirtschaft tatsächlich bedingt ist, zu sichern, versagt. Sein intransingenter Standpunkt bezgl. des Farbstoffeinfuhrverbotes hat naturgemäß eine Reihe von Reserven anderer Staaten nach sich gezogen. Deutschland sah sich gezwungen, sein Verbot für Kohlenausfuhr und -Einfuhr aufrecht zu erhalten, Frankreich sein Ausfuhrverbot für Schrott, Italien ebenfalls sein Verbot für Schrott-Ausfuhr, Japan folgte dem englischen Beispiel — die japanische Farbenindustrie ist mit der englischen eng liiert —, Rumänien hat sein Ausfuhrverbot für Rohpetroleum aufrecht erhalten usw. Durch die von den verschiedensten Staaten aufrecht erhaltenen Reserven hat die Konvention bedeutend an internationaler praktischer Wirkung einzubüßen. Das Uebereinkommen leidet an innerer Verstopfung, die logische Aufbaumöglichkeit einer gesunden europäischen Wirtschaftspolitik geht ihm vollkommen ab; es ist europäisches Flickwerk, aus der Not der Zeit geboren. Die schweren Geburtswehen sind zwar vorüber, aber die Erziehung des kränklichen Kindes und sein Wachsen, das grundsätzlich in der Konvention unter vielen Klauseln vorgesehen ist, dürften aller Voraussicht nach doch sehr zu wünschen übrig ...ssen.

An dieser Tatsache ändert auch nicht viel ein lichter Punkt in der Regelung von internationalen wirtschaftlichen Streitigkeiten: der Gedanke der schiedsrichterlichen Erledigung. Sie ist grundsätzlich vorgesehen, kann sogar unter gewissen Kautelen zur Anrufung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag führen. Aber auch hier tauchen schwere Bedenken auf: es fehlt dieser vorgesehenen Regelung von Streitigkeiten der freie Zug, der Drang nach wirklichem großen Rahmen europäischer schiedsrichterlicher Verständigung; es fehlt der große Adlerflug und Geisteszug einer Europa-Politik, die endlich aus der unheilvollen stickstoffartigen Luft sich herausarbeitet zu den lichten Höhen eines geeinten Europa, eines Europa, das sich der kommenden schweren Kämpfe mit anderen Erdteilen bewußt ist: es fehlt das Geniale, es ist verdrängt durch das: Wirtschaft, Horatio!

Mit Hoffnungen und Erwartungen, wie sie in Genf ja notorisch geworden sind und wie sie auch in dieser Konvention zum Ausdruck kommen, ist der leidenden Menschheit nicht gedient. Verhindert wurde die große befreiende Tat durch die vielfachen persönlichen Interessen von Großindustriellen, die hinter den Kulissen schwer arbeiteten und die eigenen Interessen als die nationalen Bedingtheiten ihres Volkes ausgaben. Das Spiel der Unehrlichkeit mit sogenannten nationalen Interessen war selten so widerlich — man verzeihe den Ausdruck — wie auf dieser Konferenz. Das heutige Europa ist ein großes Warenhaus, wo die Völker nur noch die Lehrlinge und Verkäufer spielen, während die Industriellen das Orchester abgeben. In diesem Warenhaus spielt die Schweiz das gute Restaurant, wo der Wirt Genf schmunzelnd sich die Hände reibt, weil das Geschäft blüht und Europa voraussichtlich nur dann zur Einigung gelangen wird, wenn wieder einmal die Gemeinsamkeit der europäischen Interessen grausam und hart an die Türen klopft und zur Gegenwehr aufruft gegen den Kontinent, der tatsächlich heute Europa beherrscht. Das aber wird noch ein Weilchen dauern. Denn dieser Gegenspieler ist zwar nicht Mitglied des Völkerbundes; das aber hindert ihn nicht, an fast sämtlichen Sitzungen und Beratungen teilzunehmen, nicht etwa, um aus Idealismus dem kranken Europa zu helfen, sondern um zu beobachten und danach seine eigenen Handlungen einzustellen. Es ist jener Kontinent, ohne jede Kulturtradition etwa im Sinne des alten Kultureuropa auf der Linie Wien, München, Frankfurt, Köln. Alles ist ihm Technik, ist ihm Hochofen, Goldmine und Banktresor. Europa zwingt er nach und nach in seinen Fron. Für sich selbst verlangt er von allen europäischen Nationen die Meistbegünstigungsklausel, um exportieren zu können. Selbst aber unterbindet er durch rigorose Einfuhrverbote das Aufkommen eines friedhaften Geistes in Europa, der eine noch fürchterliche Katastrophe als die von 1914—1918 verhindern soll. Er ist der Typ jenes Geldmenschen, dem Seele, Wasser und Schicksal Wind bedeutet. Diese Stimmung lag wie ein Schatten über den Genfer Beratungen. Man fühlte es deutlich heraus, daß sich große Dinge in den nächsten Jahrzehnten vorbereiten, Dinge, die heute nur geahnt werden können: es ist der Kampf gegen jenen Kontinent, der aus dem europäischen Wirrwarr finanzielle Vorteile herausschlägt.

Bedauerlich ist die Tatsache, daß, politisch gesehen, England wieder einmal den Bund gehindert hat, eine Aufgabe zu lösen. Seit Jahr und Tag bemüht sich die englische Regierung, die Tätigkeit der Genfer Institution einzuengen. Vielleicht befürchtet sie für England eine Beschneidung seiner Souveränität, wie sie der Bund für andere Länder gebracht hat und wie sie auch die Entwicklungstendenzen des neuesten internationalen Rechts aufzuweisen beginnen. Wie die Dinge aber auch liegen mögen: England trägt die Schuld, daß wieder einmal die Gelegenheit zu einer vernünftigen europäischen Verständigung vorübergegangen ist. Die wirklich großen englischen Geister, wie ein Lord Cecil und andere haben die englische unhaltbare Stellung in der heutigen Weltpolitik und Wirtschaftspolitik eingesehen und handeln auch danach. Die schönste Frucht dieser Handlungen wäre die, daß es den Männern des fortschrittlichen englischen Konservativismus gelingt, die heute entstandene Schuld Englands nicht zu einer Blutschuld werden zu lassen. Dann hätte die Genfer Wirtschaftskonferenz doch einen positiven Erfolg aufzuweisen gehabt, ein Erfolg, der allerdings heute noch im dunklen Schoß der Zukunft verborgen liegt, dann wäre durch jenen Kontinent und seine brutale Politik Europa zwangsweise zur Vernunft gebracht worden, zu der Vernunft der Vereinigten Staaten von Europa, die allein die Gefahren jenes Kontinentes aufhalten können. In diesem Sinne war die Konferenz ein Erfolg und ein Beginn: die Ahnung von etwas Großem, das sich vorbereitet.

Mehr Tempo hinter die Besoldungsvorlage!

Heute Besprechung der Regierungsparteien.

Von unserer Berliner Redaktion.

○ **Berlin**, 10. Nov. (Eig Drahtb.)

Kein Tag vergeht, an welchem nicht mehrere Meldungen der demokratischen Presse dementiert werden müssen. So veröffentlicht z. B. die „Vossische Zeitung" heute abend unter der Ueberschrift „Regierungskoalition für Köhler" allerhand wirres Zeug, das in keiner Weise zutrifft. Das genannte Blatt schreibt nämlich:

„Der Interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien ist um 1 Uhr mittags im Reichstag zusammengetreten. Von der Reichsregierung nahmen an der Beratung teil: Reichskanzler Dr. Marx und Reichsfinanzminister Dr Köhler. In der Hauptsache stand die Besoldungsreform zur Debatte. Wenn die Beratung auch noch nicht abgeschlossen ist, so läßt sich doch schon jetzt übersehen, daß sich innerhalb der Regierungskoalition die Opposition gegen die Vorlage nicht durchsetzen wird. Nicht nur die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei halten an der Vorlage fest, auch im Zentrum ist die überwiegende Meinung, daß die Besoldungsreform nicht mehr vertagt und auch nicht wesentlich geändert werden kann."

Diese ganze Meldung ist aus den Fingern gesogen. Eine Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses hat überhaupt nicht stattgefunden Erst auf Freitag ist der Interfraktionelle Ausschuß einberufen. Dagegen fand heute eine andere Sitzung statt, an der außer den Führern der Regierungsparteien der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und der Reichsminister teilgenommen haben. Es handelte sich um die Diskussion über die Abfindung der Standesherren, da bekanntlich das preußische Staatsministerium auf dem Standpunkt steht, daß die Abfindung der Standesherren nicht über die Sätze des Aufwertungsgesetzes hinausgehen dürfe. Ferner ließ sich der Kanzler über die Stellungnahme der einzelnen Regierungsparteien zum Reichsschulgesetz unterrichten. Außerdem wurden noch ein paar andere laufende Angelegenheiten erörtert.

Wenn die „Voss. Ztg." weiterhin glaubt, mitteilen zu können, daß Dr. Köhler aus der Gegnerschaft der anderen in der Regierungskoalition vertretenen Parteien den größten Vorteil zu ziehen vermöge, was z. B. darin zum Ausdruck komme, daß unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers ein Reparationsausschuß eingesetzt werde, so kann hierzu gesagt werden, daß ein „Sieg" Dr. Köhlers garnicht zur Debatte steht. Die Stellung des Reichsfinanzministers war und ist nicht erschüttert; sie braucht deshalb auch nicht gefestigt zu werden.

Allgemein besteht die Ansicht, daß die Beratung über die Besoldungsvorlage aus allgemein politischen Gründen beschleunigt werden muß, damit sich das Reichstagsplenum, das am 22. November wieder zusammentritt, mit dieser Frage endgültig beschäftigen kann. In Kreisen der Regierungsparteien besteht die Absicht, die Vorlage einem Unterausschuß des Haushaltsausschusses zu überweisen, da man von einer Beratung in einem kleineren Kreise eine Beschleunigung erhofft. Von einer Zurückziehung der Vorlage durch die Regierung kann keine Rede sein. Ebenso gilt es in parlamentarischen Kreisen als ausgeschlossen, daß die Regierungsparteien die Vorlage in ihrer jetzigen Form fallen lassen, was jedoch nicht ausschließt, daß durch gewisse Umgruppierungen beim Aufbau der Besoldungsordnung versucht werden soll, Ersparnisse zu erzielen. Jedenfalls besteht bei allen Parteien die Ansicht, daß die Beamten möglichst bald in den Genuß der Gehaltsaufbesserungen kommen müssen.

*

Zentrumsberatung über Reich und Länder.

× **Berlin**, 10. Nov. (Drahtb. unserer Berl. Redaktion). Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich heute nachmittag mit dem Problem „Reich und Länder" befaßt. Zu der Sitzung waren auch zahlreiche Mitglieder der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages erschienen. U. a. sah man die Minister Dr. Schmidt und Steiger, die Abgeordneten Dr. Porsch, Heß usw. Auch Mitglieder von Zentrumsfraktionen anderer Länder waren anwesend, so z. B. der Präsident des Badischen Landtages Dr. Baumgartner. Außerdem hatten sich mehrere Mitglieder des Reichsrates eingefunden. Referate wurden erstattet von den Herren Dr. Brüning, Hesse, Baumgartner und Dr. Lauscher. Die Beratungen werden am Freitag fortgesetzt. Voraussichtlich kann mit einer offiziellen Verlautbarung der Zentrumsfraktion zu dem erwähnten Thema gerechnet werden.

Die Eingemeindungsvorlage.

:: **Berlin**, 10. Nov. (Drahtb. unserer Berl. Redakt.) Dem Preußischen Staatsrat ist jetzt der Gesetzentwurf über die weitere Neuregelung der kommunalen Grenzen im Westfälischen Industriegebiet zugegangen. Das Wesentliche daraus ist bereits bekannt gegeben worden. Ergänzend sei noch mitgeteilt: Rechtsnachfolger der vereinigten Landkreise Bochum und Hattingen ist der neue Landkreis Bochum-Hattingen. Rechtsnachfolger der aufgelösten Aemter sind: 1. der Aemter Lütgendortmund, Marten, Mengede, Brambauer, Derne und Brackel: die Stadtgemeinde Dortmund; 2. des Amtes Sodingen: die Stadtgemeinde Herne; 3. des Amtes Horst: die Stadtgemeinde Buer-Gelsenkirchen; 4. Rechtsnachfolger der aufgelösten Gemeinden sind die Gemeinden, mit denen sie vereinigt werden, oder die neugebildeten Gemeinden, zu denen sie zusammen mit anderen Gemeinden vereinigt werden. 5. Rechtsnachfolger der Landgemeinde Derne ist die Stadtgemeinde Dortmund. Binnen dreier Monate nach Inkrafttreten dieses Gesetzes sind neuzuwählen: 1. der Kreistag des Kreises Bochum-Hattingen; 2. die Stadtverordnetenversammlungen der Stadtgemeinden Dortmund, Herne, Lünen und Buer-Gelsenkirchen. Die Amtszeit der Ehrenbeamten endigt mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes. Auf die Rechtsverhältnisse der besoldeten Beamten und Angestellten finden die § 46—70 des Gesetzes vom 26. Februar 1926 Anwendung.

In der Begründung wird festgestellt, daß der Entwurf die Fortsetzung der im Gesetz vom Februar 1926 erfolgten Neuregelung darstellt. Die Ergänzung der damals vorgenommenen Grenzänderungen sei sachlich geboten und vom Landtag in Entschließungen gefordert worden. Mit diesem Gesetze finde die Neuregelung der kommunalen Grenzen im alten Teile des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes vorbehaltlich des Landkreises Hörde ihren Abschluß. Von den Interessentengruppen, so heißt es in der Begründung weiter, die eine „großzügige Regelung" verlangen, werde die jetzt getroffene Regelung als großzügig nicht anerkannt. Was sie als großzügige Lösung im Auge hätten, sein nicht klar erkennbar. Die Staatsregierung gebe auch mit diesem Entwurf klar zu erkennen, daß sie grundsätzlich der Forderung der restlosen Auflösung von Landkreisen und einer Vereinigung von Großstädten ablehnend gegenüber steht. Die Begründung kommt zu dem Schluß, daß die Staatsregierung die von ihr vorgeschlogene Regelung als eine endgültige ansehen müsse, neben der oder gegen die sie andere „großzügige" Lösungen weder für möglich noch für richtig halte. Ob dieses Urteil in späterer Zeit bei veränderter Lage zu revidieren sein werde, sei eine Zukunftsfrage.

Die preußische Gnadenaktion zu Hindenburgs Geburtstag.

○ **Berlin**, 10. Nov. Ueber die bisherige praktische Auswirkung der preußischen Gnadenaktion anläßlich des 80. Geburtstags des Reichspräsidenten erfährt der Amtliche preußische Pressedienst, daß die Zahl der Einzelgnadenerweise in Preußen inzwischen bereits 5000 überschritten hat. Die Mehrzahl dieser Einzelgnadenerweise besteht in dem Erlaß der Strafe, der Minderheit in bedingter Aussetzung der Strafe unter Bewährungsfrist Auch die Zahl 5000 ist jedoch nur als ein vorläufiges Teilergebnis zu betrachten. Das abschließende Ergebnis über die Gesamtzahl der Einzelgnadenerweise wird erst in ein bis zwei Monaten vorliegen, da die in der allgemeinen Verfügung vom 2. Oktober 1927 angeordnete Durchprüfung der Strafakten noch geraume Zeit in Anspruch nehmen wird und von den Oberstaatsanwälten, die die ersten Listen zum 1. November einzureichen hatten, noch ständig weitere Listen eingehen.

Das Ergebnis der Hindenburgspende.

△ **Berlin**, 10. Nov. Wie eine hiesige Korrespondenz von maßgebender Stelle erfährt, hat die Hindenburgspende etwa 6,3 bis 6,5 Millionen Reichsmark ergeben. Dies ist der größte Betrag, der in Deutschland seit Ende des Krieges von einer Sammlung erfaßt worden ist. Der endgültige Rechenschaftsbericht dürfte kaum vor dem 20. November fertigzustellen sein. Gerade in der letzten Zeit sind noch aus dem Auslande erhebliche Beträge eingeloufen, so aus Los Angeles in Kalifornien 10 000 *M*, von den Spanien-Deutschen aus dem Bereich des Generalkonsulates Barcelona etwa 13 500 *M*. Aus dem Saargebiet wurden kürzlich 39 000 *M* überwiesen.

Der Aufenthalt russischer Kommissare in Deutschland.

× **Berlin**, 10. Nov. Die „Rote Fahne" hat bemängelt, daß einige russische Delegierte, die eine Aufenthaltsbewilligung für vier Tage für Deutschland erhalten haben, um an den kommunistischen Feiern hier teilzunehmen, eine weitere Aufenthaltserlaubnis nicht erhalten haben. Von Seiten der russischen Regierung war bei Deutschland der Antrag gestellt worden nachträglich ihren Aufenthalt zu verlängern, weil die Betreffenden zum Studium der Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter noch in Deutschland bleiben wollten. Dieser Antrag war abgelehnt worden, weil der rein agitatorische Zweck des Aufenthaltes klar zu liegen schien und weil auch Rußland wiederholt Personen, die zu rein wirtschaftlichen Zwecken nach Rußland gekommen waren, den Aufenthalt nicht gewährt hat.

Reichsratsbeschlüsse.

Berlin, 10. Nov. Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Vollsitzung vom Donnerstag eine Verordnung über die Verwendung des Kredits zur Förderung des Kleinwohnungsbaues. Diese Verordnung faßt die Bestimmungen der bisherigen Verordnungen, die ziemlich unübersichtlich geworden waren, zusammen, unter Fortlassung einer Reihe unpraktischer und unnötiger Bestimmungen. Für das Weiterverleihen sollen nicht mehr die Selbstkosten des Reiches maßgebend sein und der Zinssatz ein möglichst niedriger, sondern der Zinssatz soll sich den wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen, damit ein größerer Anreiz zum Umschlag der Zwischenkredite gegeben wird. Die Reichsregierung hat im Ausschuß die Erklärung abgegeben, daß vor der Hand nicht beabsichtigt sei, gewisse Wohnungstypen als besonders kreditwürdig zu bezeichnen, sodaß also der sogenannte Typenausschuß zunächst nicht in Wirksamkeit treten wird. — Angenommen wurde weiter eine Verordnung über die Gewährung von Leistungen der Sozialversicherung gegenüber den Niederlanden und eine Verordnung, wonach die Reifezeugnisse gewisser Schul-

formen, die zum Teil noch im Uebergangsstadium begriffen sind, als gleichberechtigt mit den Zeugnissen älterer Schulformen anerkannt werden für Prüfungen, die reichsgesetzlich geregelt sind, also für die Prüfungen für Aerzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker. Einige von der Reichsbahn zwangsweise pensionierte Unterbeamte hatten sich an den Reichsrat mit der Bitte um Aufhebung der Zwangspensionierung gewendet. Es hat sich herausgestellt, daß die betreffenden Beamten nicht auf Grund des Reichsbeamtengesetzes, sondern auf Grund des Kündigungsrechtes der Reichsbahn aus dem Amte haben scheiden müssen. Deshalb war der Reichsrat der Ansicht, daß ein Rekurs an den Reichsrat nach dem Reichsbeamtengesetz nicht zulässig ist, sondern den betreffenden Beamten nur der Weg an die Gerichte offen steht.

Welchen Charakter bekommt die Simultanschule?

◇ **Berlin**, 10. November.

Der Bildungsausschuß des Reichstages setzte die Beratung des Schulgesetzes fort, wobei der Vorsitzende, Abg. Mumm (Dn), mitteilte, daß Anträge auf Beschränkung der Redefreiheit vorliegen, über die morgen abgestimmt wird. Auf der heutigen Tagesordnung stand die Beratung des Absatzes II und des grundlegenden § 1, der bestimmt, daß die besonderen Aufgaben der einzelnen Schulformen durch die allgemeinen Gesichtspunkte unberührt bleiben. Ein Aenderungsantrag der Regierungsparteien und der Wirtschaftlichen Vereinigung will dies so ausdrücken, daß neben den allgemeinen Aufgaben die einzelnen Schulformen ihre besonderen Aufgaben nach dem Schulgesetz zu erfüllen haben. Auf sozialdemokratischen Wunsch gibt Ministerialdirektor Pellengahr die Erklärung ab, daß der Antrag der Regierungsparteien die Absicht des Absatzes II zum Ausdruck bringe. Nach weiterer Debatte wird der Antrag der Regierungsparteien angenommen und der Antrag Bäumer (D) auf Streichung des Absatzes II gegen die Antragsteller, Sozialdemokraten und Kommunisten, abgelehnt.

Es folgte die Beratung des Absatzes III, § 1, der zum Abdruck bringen will, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden dürfen. Abg. Hoernle (Komm.) verlangte eine Regierungserklärung über die Behauptung der Maßregelung der Lehrer unter dem bayrischen Konkordat. Ministerialdirektor Pellengahr erklärte, daß bei der Reichsregierung darüber bisher keine Beschwerden eingegangen seien. Abg. Hofmann (Str.) betonte, daß in der Verfassung nur gemeint sein könne, daß die Empfindungen der Kinder nicht verletzt werden sollen. Abg. Mumm (Dn.) meinte, daß man zu einer authentischen Auslegung der Verfassung bei der Verschiedenheit der Auffassungen kaum kommen werde. Abg. Frau Bäumer (D.) bemerkte, daß alles, was in der Schule gesprochen wird, die Empfindungen Andersdenkender schonen müsse. Abg. Hensel (Dn.) war der Ansicht, daß nur herabsetzende und verletzende Bemerkungen zu vermeiden sind. Dann wird Absatz III angenommen, und bald darauf in der Gesamtabstimmung der § 1.

Beim § 3, der die Gemeinschaftsschule behandelt, beantragt Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) eine andere Fassung des Absatzes II, in welchem der Entwurf der Gemeinschaftsschule eine religiös-sittliche Grundlage geben will. Abg. Schulz (Soz.) hält diesen Absatz II für verfassungswidrig. Wenn man der Gemeinschaftsschule religiösen Charakter geben will, sei dazu Zweidrittel-Mehrheit erforderlich. Abg. Frau Dr. Bäumer (Dem.) schließt sich dieser Auffassung an und will nur das allgemeine deutsche Kulturgut zur Grundlage machen. Abg. Rosenbaum (Komm.) erklärte es für unmöglich, im Unterricht die Ergebnisse der Wissenschaft mit der religiösen Grundlage in Einklang zu bringen. Abg. Crispien (Soz.) verurteilte es, wenn man darauf Rücksicht nehmen wolle, daß von 62,4 Millionen Deutschen 60 Millionen Christen seien. Der Kirchenaustritt sei eben erschwert. Abg. Runkel (D. Vp.) meinte, in Weimar sei die Absicht die gewesen, die Simultanschule zu schaffen. Man habe aber damals gar keine andere als die christliche, als die Simultanschule gekannt. Infolgedessen könne die weltliche Gemeinschaftsschule nicht unter den Schutz der Verfassung gestellt werden, und man müsse die christliche Gemeinschaftsschule fordern. Abg. Rheinländer (Z.) erklärt sich für seine Partei gleichfalls zugunsten der christlichen Gemeinschaftsschule. Nach der Ansicht namhafter Juristen könne die für alle gemeinsame Grundschule überhaupt nicht die Gemeinschaftsschule sein. Verfassungsrechtliche Bedenken beständen also nicht. Abgeordneter Dr. Löwenstein (Soz.) widerspricht der Auffassung Dr. Runkels, daß man in Weimar die Simultanschule gewollt habe. Die in Weimar gewollte Gemeinschaftsschule sei die Verkörperung des großen Toleranzgedankens.

Morgen Weiterberatung.

Die Siedlungstätigkeit in Preußen.

× **Berlin**, 10. Nov. Der Siedlungsausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich mit Anträgen und Anfragen, die sich auf die Siedlungstätigkeit in Preußen beziehen. Ministerialdirektor Articus vom preußischen Landwirtschaftsministerium gab eine ausführliche Uebersicht über die in den letzten Jahren in Preußen geschaffenen Siedlungen. Danach sind in Preußen von 1919 bis zum 1. Januar 1926 insgesamt 13 796 Stellen geschaffen worden auf 126 718 Hektar, darunter sind jedoch 4658 Stellen unter einem halben Hektar. Jetzt brauche man nicht mehr mit den Zwangsmitteln des Reichssiedlungsgesetzes vorzugehen, jetzt könne man Land in allergrößtem Ausmaß zum niedrigsten Preis kaufen. Man habe auch Mittel zur ordnungsmäßigen Siedlung. Der Minister habe angeordnet, daß nur gute und gut bewirtschaftete Ländereien gekauft werden dürfen. Die Stellen müßten bereits kompletiert an die Siedler gegeben werden, damit von vornherein ein ordnungsmäßiger Betrieb gesichert sei. Es dürften nur tüchtige Landwirte angesiedelt werden. Es sei zu unterscheiden zwischen Grenzland-Siedlung und Binnen-Siedlung. Für die erstere seien 250 Millionen vom Reiche zur Verfügung gestellt. Davon seien 1926 schon 50 Millionen verbraucht. Preußen habe bis zum 8. November 59 Millionen Reichskredite erhalten. Die Forderung, in Preußen 10 000 und mehr Siedlerstellen im Jahre zu schaffen, sei eine Utopie. Preußen habe im vorigen Jahre 40 Millionen zur Verfügung gestellt für die sogenannte Binnen-Siedlung und werde in einem neuen Gesetz in diesem Jahre noch 20 Millionen Mark fordern. Man hoffe in Preußen etwa 1500 Stellen alljährlich zu schaffen. Von den 4000 Flüchtlingssiedlern seien 1339 durch gemeinnützige Siedlungsgesellschaften, 850 durch Kulturämter angesiedelt worden. 1345 hätten bis jetzt angekauft, 670 seien noch nicht untergebracht. Das Reich habe jetzt 70 Millionen Mark für diese Flüchtlingssiedler zur Verfügung gestellt, nur mit 3½ Prozent verzinslich.

Abg. Dr. Kaufhold (D.-Nat.) erkannte an, daß das preußische Landwirtschaftsministerium trotz der Schwierigkeiten in der Siedlung seine volle Schuldigkeit getan habe. Dringend notwendig sei die baldige Verlegung des Rentenbankgesetzes, damit endlich die Siedlung der letzten Jahre auf eine gesunde Grundlage gestellt werde. Die vom Reichsernährungsminister gegebenen 200 000 Mark seien unzulänglich. Abg. Ständel (D. Vpt.) stellte die Erfolge in der Siedlungstätigkeit der letzten Jahre als recht bescheiden hin. Abg. Schmelzer (Z.) führte die geringe Siedlungstätigkeit zum Teil darauf zurück, daß unser Landvolk viel anspruchsvoller sei und kulturell viel höher stehe als das Landvolk im Ausland. — Der Ausschuß vertagte die weitere Aussprache auf Freitag.

Baldwin über Englands auswärtige Politik.

Ein Loblied auf Deutschland und Frankreich.

= **London**, 9. Nov. Auf dem Guildhallbankett erklärte der Erste Minister Baldwin u. a., er sei ein Optimist, weil er ein Realist sei. Wenn er das gegenwärtige Europa mit dem Europa der Zeit vergleiche, wo die Koalitionsregierung fiel und wo er Nachfolger Bonar Laws geworden sei, bemerke er eine völlige Veränderung. Baldwin huldigte dem Werk der Verbandsmächte, die Europa auf dem Wege der Genesung vorwärts hülfen und pries besonders Frankreich und Deutschland wegen ihrer Annäherung. Briand und Stresemann hätten ein Beispiel gegeben, und ganz Europa schaue auf die Länder, an deren Grenzen alte Feindseligkeiten beständen, in der Erwartung, daß sie die ersten seien, um diesem Beispiel zu folgen. Baldwin fuhr fort: „Ich wünschte, ich könnte ebenso hoffnungsvoll von Rußland sprechen. Den Streit zwischen Großbritannien und Rußland haben wir nicht gesucht, und sobald die Räteregierung bereit ist, die üblichen Sitten internationalen Verkehrs zu beobachten und auf Einmischung in unsere Angelegenheiten zu verzichten, wird sie uns bereit finden, ihr in dem Geist der Liberalität und des guten Willens entgegenzukommen, der unsere ganze Außenpolitik beherrscht." Baldwin sprach sich dann darüber aus, daß er keine Verbesserung der Lage in China verzeichnen könne, weil dort eine große Anzahl verschiedener Regierungen und Generale im Streit miteinander lägen. Ueber die englisch-ägyptischen Beziehungen sagte Baldwin: „Beide Länder haben Anlaß, mit dem Gang der letzten Besprechungen zufrieden zu sein. Die Regierung hofft, daß die Grundlage errichtet worden ist, auf der es möglich sein wird, in nicht ferner Zeit ein festes Gebäude englisch-ägyptischer Freundschaft aufzubauen."

Man geht kaum fehl in der Annahme, daß der englische Ministerpräsident hier namentlich die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen im Auge hatte. Unsere Auffassung in dieser Frage ist bekannt. Auch nach authentischen ausländischen Zeugnissen ist Polen durch die bisher von Deutschland übernommenen Verpflichtungen hinreichend gesichert. Wir denken niemals an eine gewaltsame Aenderung unserer Ostgrenzen. Aber es wäre von uns eine Torheit sondergleichen, eine vertragliche Bindung einzugehen in der Richtung, daß wir auch auf dem Wege von friedlichen Verhandlungen niemals eine Beseitigung der unsinnigen und unberechtigten Bestimmungen bezüglich des Danziger Korridors usw. anstreben würden. Wir sind überzeugt, daß es sich auch das englische Volk nicht auf die Dauer gefallen lassen würde, wenn eine fremde Macht in willkürlicher Weise die Landesteile Großbritanniens mit einem unnatürlichen „Korridor" durchschnitte.

Schließlich verdient auch noch die Bemerkung Baldwins über das englisch-russische Verhältnis Beachtung. Seinen Worten ist zu entnehmen, daß die Londoner Regierung Wert darauf legt, die Fäden mit Moskau wieder zu spinnen. Selbstverständlich wird die Bereitwilligkeit hierzu von der Bedingung abhängig gemacht, daß sich Sowjetrußland in Zukunft aller Wühlarbeit in Großbritannien enthalte. Da aber die moskowitischen Machthaber vorläufig kaum auf eine solche Intrigenpolitik zu verzichten geneigt sein werden, so ist anzunehmen, daß dem „Fühler", den Baldwin in dieser Richtung ausgestreckt hat, augenblicklich nur platonische Bedeutung zukommt.

★

Chamberlain über das Friedensproblem.

÷ **St. Louis**, 10. Nov. Der englische Minister des Auswärtigen, Austen Chamberlain, hat an den gestern hier unter dem Patronat des Weltbundes für internationale Freundschaft eröffneten Kongreß des guten Willens ein Schreiben gerichtet, in dem er zum Ausdruck bringt, daß die Fortschritte, die die Sache des Weltfriedens gemacht habe, sehr ermutigend sind. In unseren Tagen, so führte er u. a. aus, sind die Regierungen in Bezug auf die auswärtige Politik nur die Diener ihres Volkes, wie sie in Bezug auf innere Angelegenheiten sind. Die Fortschritte, die die Sache des Weltfriedens gemacht hat, sind beträchtlich und sehr ermutigend gewesen. Man muß nur die jetzige Lage in Europa mit der vergleichen, die vor vier Jahren geherrscht hat. Der Prozeß des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, bei dem der Völkerbund unschätzbare Hilfe geleistet hat, ist mit Riesenschritten vorwärts gegangen und nicht weniger bemerkenswert sind die Ergebnisse, die auf dem Gebiete der Politik erzielt worden sind. Das Dawesabkommen und die Locarnoverträge haben ein neues Kapitel in der Geschichte Europas begonnen. Deutschland ist in die Gemeinschaft der Nationen wieder aufgenommen worden und das Friedens- und Versöhnungswerk, insbesondere zwischen größeren Nationen, nimmt stetig weiteren Umfang an. So tiefe Narben wie die, die der Krieg hinterlassen hat, verschwinden nicht schnell, aber die bereits erzielten Erfolge zeigen, daß wir auf dem rechten Wege sind, und ebenso rechtfertigen sie ein ruhiges Vertrauen in die Zukunft.

★

Abrüstungsdebatte im Oberhaus.

London, 11. Nov. In der Oberhausdebatte über die letzte Seeabrüstungskonferenz in Genf erklärte der Vertreter der Regierung, die britische Flotte stelle eine der festesten Grundlagen des Weltfriedens dar, wogegen Haldane die Meinung aussprach, daß die einzige Politik, die zum Erfolge führen könne, die Herabsetzung der Rüstungen durch alle Nationen sei.

Polen und Rußland.

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin**, 10. November. (Eig. Drahtb.)

Ohne eine gewisse Portion Optimismus kann kein Staatsmann auskommen. Denn es müßte seine ganzen Kräfte lähmen, wenn er der Auffassung wäre, daß alle seine Anstrengungen nur eine Sisyphusarbeit darstellen. So auch Baldwin! Gewiß nahm er, was durchaus begreiflich und schließlich auch keineswegs unberechtigt ist, einen großen Teil der Verdienste an der außenpolitischen Entspannung in Europa für Großbritannien in Anspruch; aber er war objektiv genug, auch die Friedensarbeit Dr. Stresemanns und Briands gebührend in Rechnung zu stellen. Baldwin wird es uns aber nicht übel nehmen, wenn unser Wunsch dahin geht, daß Briand endlich im Schoße seines eigenen Kabinetts das gleiche Verständnis für die ehrliche Durchführung der Locarnopolitik finden möge, wie Dr. Stresemann bei seinen Kollegen in der deutschen Reichsregierung. Wenn die in Locarno angezündete „Friedenskerze" noch immer einen solch matten Schimmer zeigt, so hat dies seinen Grund darin, daß in maßgebenden französischen Kreisen immer noch Kräfte am Werke sind, welche diese „Friedenskerze" am liebsten wieder zum Erlöschen bringen möchten.

Bemerkenswert ist ferner, daß Baldwin eine gewisse Anspielung auf das sogenannte Ost-Locarno machte und die rhetorische Frage aufwarf, welches Land in Ost- und Mitteleuropa oder auf dem Balkan dem Beispiel eines Locarno-Vertrages folgen werde.

Viktor Naumann †.

◇ **München**, 10. Nov. Gesandter Dr. Victor Naumann, früherer Pressechef der Reichsregierung, ist heute früh im Alter von 61 Jahren einem Herzkrampf erlegen.

★

Viktor Naumann war ein diplomatischer Kopf und hochbegabter Publizist ohne feste parteipolitische Bindung. Seine Grundanschauung war demokratisch. Für das Zentrum hatte er, wie man wohl sagen darf, starke Sympathien.

In Berlin geboren, begann er sich als Referendar seinen literarischen Neigungen hinzugeben. In den 90er Jahren erlebte er mit seinem Stück „Ikarus" im Kgl. Schauspielhaus einen Theaterskandal. Die Kaiserin verließ damals entrüstet ihre Hofloge. Dann brachte ihm ein in der „Frankfurter Zeitung" veröffentlichter Roman eine Rüge seiner vorgesetzten Behörde ein. So verließ er den Staatsdienst und wurde freier Schriftsteller.

Als solcher wandte er sich Ende der 90er Jahre der politischen Schriftstellerei zu, als Mitarbeiter vor allem der Wiener „Reichspost". So kam er dazu, sich besonders mit katholischen Dingen zu befassen, obwohl er einer alten evangelischen Familie entstammte. Bekannt wurde er besonders dadurch, daß er sich mit dem früheren Jesuitenpater Graf Hoensbroech in drei Werken („Was ist die Wahrheit?", „Opus Opus" und „Jesuitismus") auseinandersetzte. Als Mitarbeiter katholischer Blätter schrieb er meist unter dem Pseudonym „Pistatus". Seine politische Schriftstellerei brachte ihn, der in München lebte, mit dem bayerischen Zentrumsführer und späteren Reichskanzler Graf Hertling in Verbindung. Im Jahre 1912 sollte er sogar persönlicher Adlatus Hertlings in dem von ihm gebildeten bayerischen Kabinett werden, doch zerschlug sich die Sache. Während des Krieges schlug Naumann im April 1917 in einer Denkschrift an die Münchener Nuntiatur ein päpstliches Friedensrundschreiben an die kriegführenden Mächte und eine Friedensenzyklika an die Bischöfe vor. Es wird behauptet, die Friedensaktion des Papstes sei mit auf diese Anregung zurückzuführen. Naumann wurde wiederholt von Hertling und anderen mit vertraulichen Missionen im In- und Auslande betraut. Mit Hertling ging dann Naumann, als jener im November 1917 Reichskanzler wurde, nach Berlin. Dort wurde ihm nach der Revolution am 6. Februar 1919 die Leitung der Politischen Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes übertragen. Auch erhielt er den Titel eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers. Im April 1920, als der Nachrichtendienst des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei unter Ulrich Rauscher zentralisiert wurde, trat er zurück.

Im November 1925 veröffentlichte N. unter dem Titel „Profile" bei Duncker u. Humblot in München eine Sammlung von 30 Portraitskizzen von hervorragenden Persönlichkeiten aus den Jahren des Weltkrieges nach persönlichen Begegnungen, ein sehr interessantes Buch, das die ausgezeichnete Beobachtungs- und Darstellungsgabe des nunmehr Verstorbenen deutlich erkennen läßt.

Prälat Dr. Kaas auf der Besserung.

Berlin, 10. Nov. (Drahtb. unserer Berl. Redaktion.) Nach den zuletzt eingetroffenen Berichten ist der Gesundheitszustand des Prälaten Dr. Kaas den Umständen entsprechend gut. Man kann sagen, daß die Lebensgefahr überwunden ist. Bei der Bedeutung seiner Persönlichkeit und der Liebenswürdigkeit seines Wesens versteht es sich, daß weite Kreise der Bevölkerung dem Abgeordneten auf dem Krankenlager warme Sympathien entgegenbringen. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat am Donnerstag nachmittag an Dr. Kaas einen von allen anwesenden Fraktionsmitgliedern unterzeichneten Gruß geschickt, der mit den wenigen Worten „Glückauf unserem lieben Kaas" alles das in sich schließt, was die Fraktion für ihr prominentes Mitglied fühlt.

Ein Zwischenfall an der Berliner Universität.

-l- **Berlin**, 11. Nov. Scharfe Vorwürfe werden in einem Teile der Berliner Presse gegen den Berliner Universitätsprofessor Dr. von Möller, der Vorlesungen über deutsche Rechtsgeschichte hält, wegen im Kolleg getaner Aeußerungen erhoben.

Prof. v. Möller soll den Beginn des Semesters dazu benutzt haben, in seiner Vorlesung die studentischen Hörer gegen den Kultusminister aufzuhetzen, indem er nach der Vorlesung jener Erklärung, die die „Deutsche Studentenschaft" gegen den Kultusminister erlassen hat, bemerkt haben soll: „Auf der einen Seite steht die Deutsche Studentenschaft und die gesamten deutschen Professoren, soweit sie Christen sind, — auf der anderen Seite steht ein Mann, der auch kein Halbgott ist". Der Professor fand bei einem Teil seiner Hörer mit dieser Glossierung des Kultusministers Beifall. Er soll sich dann noch die unglaublichsten Geschmacklosigkeiten und Beschimpfungen der Republik erlaubt haben. Als einige Studenten dagegen protestierten, habe er diese mit der Bemerkung aus dem Hörsaal gewiesen, daß solche Studenten nicht das Recht (!!) hätten, der Vorlesung weiter beizuwohnen.

Eine Prüfung der Angelegenheit ist sowohl von dem Universitätsrektor Geheimrat Prof. Dr. Norden als auch von der zuständigen Stelle des preußischen Kultusministeriums eingeleitet worden. Da diese Prüfungen noch nicht abgeschlossen sind, kann von der Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Prof von Möller nicht gesprochen werden.

Polnisches Vorgehen in Tarnowitz.

-l- **Tarnowitz**, 10. Nov. Nachdem die über die Mehrheit verfügenden deutschen Fraktionen des Tarnowitzer Stadtparlamentes einen ihr nicht genehmen Kandidaten für den zweiten Bürgermeisterposten abgelehnt hatten, haben die polnischen Parteien beschlossen, jede weitere Mitarbeit in der städtischen Verwaltung abzulehnen und von diesem Beschluß der Bevölkerung mit der Aufforderung Kenntnis gegeben, sie in ihrem Vorhaben zu unterstützen. Die Maßnahme der polnischen Parteien läuft darauf hinaus, dem Tarnowitzer Stadtparlament das gleiche Schicksal wie der Kattowitzer Stadtverordnetenversammlung zu bereiten, nämlich die Körperschaft durch den Wojwoden auflösen zu lassen, damit ihr eine kommissarische Verwaltung mit polnischem Uebergewicht gegeben werde.

Verhaftung in der Anastasia-Affäre.

× **Berlin**, 10. Nov. Der Verfasser der Anastasiaartikel in der Täglichen Rundschau, der 37jährige Felix Dassel, ist der „Nachtausgabe" zufolge, wie erst jetzt bekannt wird, auf Grund eines Haftbefehles des Amtsgerichtes Lauterbach in Hessen am 26. Oktober in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert worden. Der Haftbefehl lautete auf Unterschlagung. Der Verhaftete war in Lauterbach in Hessen in Stellung. Ein Haftentlassungsantrag von Dassel ist bereits abgelehnt und eine Entlassung nur unter der Voraussetzung einer Kaution von 15 000 Mark in Aussicht gestellt worden. Dassel war auf Grund seines gegen ihn eingeleiteten Strafverfahrens angeklagt und eine Hauptverhandlung bereits in Lauterbach in Hessen angesetzt. Der Angeklagte erschien aber zu der Hauptverhandlung nicht.

Hochwasser und Schneefall.

Hochwasser des Neckar.

× **Stuttgart**, 10. Nov. Infolge der langanhaltenden Regengüsse ist der Neckar vielfach über die Ufer getreten. Zwischen Münster und Hofen bei Cannstadt ist der Verkehr unterbrochen. Die Arbeiten am Neckarkanal mußten eingestellt werden. In vielen Ortschaften mußten in zahlreichen bereits unter Wasser stehenden Häusern die Keller geräumt werden. In Neckarsulm überschwemmte der Neckar unterhalb des Stauwehrs das Gelände. Auch der Kocher und die Jagst sind über die Ufer getreten. Bei Ruchsen ist der Eisenbahnverkehr unterbrochen und der Bahndamm vom Hochwasser angegriffen.

:: **Freiburg**, 10. Nov. Die seit mehreren Tagen mit nur kurzen Unterbrechungen niedergehenden Regenfälle haben die Schwarzwaldflüsse in den Niederungen zum Ueberfluten gebracht. Die Kinzig hat im Oberlauf bereits weites Gelände überschwemmt und im Unterlauf die Dammkrone erreicht. Die Schutter hat in der Gegend von Lahr großen Schaden angerichtet. Das Vieh in den Ställen stand bis zur Brust im Wasser und mußte mit Hilfe der Feuerwehr geborgen werden. Der Bahndamm der Strecke Frankfurt-Basel ist bei Dinglingen überflutet. Da der Regen anhält, ist mit weiterem Steigen des Wassers zu rechnen. Die Temperaturen sind in den Tälern infolge Föhnwitterung verhältnismäßig hoch. Auf dem Hochschwarzwald hat es gestern und heute Nacht stark geschneit.

:: **Zweibrücken**, 10. Nov. Das im Osten der Stadt gelegene Barackenviertel wurde in der vergangenen Nacht von einer Hochwasserkatastrophe heimgesucht. Innerhalb kurzer Zeit stieg das Wasser des Schwarzbachs in den Räumen auf etwa einem Meter. Feuerwehr und Sanitäter mußten über 100 Personen, darunter 38 Kinder aus den Fluten retten. Die Obdachlosen wurden notdürftig im städtischen Krankenhaus untergebracht.

Der erste Schneefall im Sauerlande.

◇ **Brilon**, 10. Nov. In der vergangenen Nacht ist an verschiedenen Stellen des Sauerlandes Schneefall eingetreten. Besonders die Gegend von Winterberg und höher gelegene Punkte waren heute morgen in eine prächtige Winterlandschaft verwandelt. Die Temperatur ist stark gesunken.

Ueberschwemmungen bei Tondern.

(:) **Kopenhagen**, 10. Nov. Die Herbstüberschwemmung in der Gegend von Tondern nimmt immer größere Ausmaße an. Das ganze Gebiet südlich der Stadt steht unter Wasser, nachdem die starken Niederschläge der letzten Tage das Hochwasser erneut zum Steigen gebracht haben. In den niedriger gelegenen Gegenden wird ein nahezu katastrophales Steigen des Hochwassers gemeldet. Mehrere Einzelhöfe sind vollständig von der Außenwelt abgeschlossen.

Keine Hochwassergefahr für Graubünden.

◇ **Chur**, 10. Nov. Der Schneefall vom heutigen Vormittag hat das Bündener Land vor einer Hochwasserkatastrophe bewahrt. Von dem anhaltenden Regen waren die angeschwollenen Flüsse gefahrdrohend. In Bergell riß die Orlenga, die im September viel Unheil angerichtet hatte, die neu errichtete Brücke oberhalb Casaccia wieder fort, sodaß der Verkehr mit Maloja wiederum unterbrochen ist. Im Oberland setzte der hochgehende Rhein, gewaltige Holzmassen mit sich reißend, die ganze Bevölkerung in Angst. In Wals vermochte das Wasser die provisorischen Dämme zu sprengen.

Vermischte Nachrichten.

Schwerer Bauunfall.

:=: **Köln**, 10. Nov. Bei dem Neubau der Deutzer Messe stürzte eine hohe Leiter, auf der sich 8 Arbeiter befanden, aus bisher unbekannter Ursache zusammen. Zwei Arbeiter verunglückten tödlich, drei wurden schwer, die übrigen leicht verletzt.

Dynamitexplosion.

(:) **Berlin**, 10. Nov. Heute abend kurz nach 5 Uhr ereignete sich auf dem Hof eines Hauses der Köpenickerstraße in Berlin eine Explosion, bei der fast sämtliche Fensterscheiben des Hauses zersprangen. Personen wurden nicht verletzt. Wie die „Vossische Zeitung" erfährt, ergaben die polizeilichen Ermittlungen, daß es sich um eine Sprengpatrone mit Dynamitladung handelte, die in einen großen Pappkarton verschnürt war. Die Kriminalpolizei fahndet nach den Tätern des Anschlages, über deren Motive nichts bekannt ist.

Ein Kampf mit Wilderern.

Δ **Breslau**, 10. Nov. In der Nähe von Kammelwitz bei Strehlen wurde ein Förster aus dem Hinterhalt von zwei Wilderern niedergeschossen. Obwohl er schwerverletzt war, hatte er noch die Kraft, den Wilderern mehrere Schüsse nachzusenden. Der eine brach tot zusammen, der andere ist lebensgefährlich verletzt worden. Der Förster wurde dem Krankenhaus zugeführt.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 11. November 1927.

Probefahrt auf der Kleinbahnstrecke Bocholt — Aalten.

Ein altes, aber etwas ungewohntes Bild bot sich gestern den Straßenpassanten im südwestlichen Stadtteil. Auf den schmalen Schienen der früheren Kleinbahn Bocholt — Aalten, die so lange unbenutzt lagen, zeigte sich wieder Leben. Nach langen, langen Jahren wurde die Strecke zum ersten Mal wieder von einem Wagen befahren, und zwar lief ein Benzolwagen zu der Probefahrt, von deren Inaussichtnahme wir in der vorigen Woche bereits berichteten. Auf Veranlassung der deutschen Aufsichtsratsmitglieder hatte die Kleinbahngesellschaft Gelder'sche Stoomtram-Maatschappij gestern einen Probewagen herbeigeschafft, um die Strecke zu befahren und zu zeigen, in welchem Zustande die Bahnlinie sich befindet und in welcher Weise sich das Betriebsmaterial gegenüber der Vorkriegszeit verändert hat. Gestern morgen unternahmen die Herren Bürgermeister Brockhoff und Dr. Schwartz eine Probefahrt von der Grenze bei Aalten bis Bocholt, Hohenzollernstraße, während gestern nachmittag die ganze Baukommission die Strecke von hier bis zur Grenze befuhr. Der Benzolwagen, der von einer deutschen Firma in Kiel geliefert ist, ist von gleichem Typ, wie die neuerdings auf den holländischen Kleinbahnstrecken laufenden Wagen, und wie er auch für die Strecke Bocholt — Aalten bei deren Inbetriebnahme in Frage kommt. Naturgemäß erregte das erste Erscheinen des Wagens auf der alten Strecke überall großes Aufsehen, sowohl bei denen, die die frühere Bahn noch gesehen haben, wie auch bei denen, die nur die stillen, rostigen Schienen kennen. Und wir hoffen, daß dieser erste Wagen ein gutes Zeichen ist und daß es den weiteren Verhandlungen zwischen den in Frage kommenden Stellen gelingen möge, schon recht bald wieder einen regelmäßigen Verkehr auf dieser Strecke zustandezubringen. Damit wäre dann die alte schöne Bahnverbindung zu unseren holländischen Nachbarstädten wiederhergestellt. Vielleicht geht unser Wunsch schon bald in Erfüllung.

z. **Martinszug.** Es war auch gestern wieder das alte schöne Bild, als bei Anbruch der Dämmerung die Kinder zu Ehren des Hl. Martin durch die Stadt zogen. Voran der heilige Bischof in wallendem Mantel hoch zu Roß, bunte Lämpchen im Bogen seines Stabes. Und dann kam das kleine Volk, ungefähr 5000 Kinder aus allen Schulen der Stadt, mit Lichtern aus Rüben und Knollen, mit buntenFackeln und vielerlei Transparenten, bei denen Herstellung wieder edler Wettstreit geherrscht. Die seltsamsten Papierfiguren, von brennenden Kerzen durchleuchtet, sah man über der Kinderschar schweben. Den Vorrang aber haben doch immer noch die Rübenlichter. So gings durch die Straßen der Stadt, in den Händen die Fackel, auf den Lippen die alten Lieder von „Sünte Mattis Bäggerken". Und die Kapellen spielten die alten Weisen dazu, daß die ganze Stadt wiederhallte vom Martinsjubel. Die Feuerwehrleute hatten in liebenswürdiger Weise wieder den Ordnungsdienst übernommen und sorgten auch dafür, daß keines der kleinen Lichter verlöschte. Ueberall ging der Zug durch dichte Zuschauerreihen hindurch, besonders in der Nähe des Marktplatzes waren alle Straßen voller Menschen. Aber die Kinder bringen es fertig, während ihrer Martinsfeier jeden Verkehr ruhen zu lassen und so vollzog sich der Zug reibungslos und langte schließlich auf dem Marktplatz an, wo vor dem alten Rathaus die Bescherung erfolgte. Das Geld für die Spenden war durch die Herren Georg Schwartz und Karl Ifert zusammengebracht worden, die keine Mühe gescheut, um den Kindern die gewohnte Freude zu bereiten. Für Spekulatius, Aepfel, Verpackung usw. sorgte Herr Gärtner Remmen, so half der Verein für Heimatpflege wie in früheren Jahren zum Gelingen seines Martinszuges. Und dann hatten die Mitglieder der Sanitätskolonne eifrig gepackt; und sie übernahmen es auch, die bittenden Kinderhändchen zu füllen. Jeder erhielt seine Martinsgabe. Und dann verlöschten die Lichter, verklangen die Lieder, der Marktplatz lag wieder still und das Rathaus blickte in das Dunkel des sinkenden Abends, während die Kinder beglückt heimwärts zogen, im Herzen selige Martinsfreude. — Der Martinszug, der auch für die Erwachsenen immer eine schöne Feierstunde ist, hatte gestern auch viele Fremde nach Bocholt geführt. Viele Besucher aus Rhede und Borken weilten in unserer Stadt, um Zeuge eines schönen Kinderfestes zu sein.

1. Die neue Orgel für die Liebfrauenkirche. Zu der Notiz „Die neue Orgel für die Liebfrauenkirche" in unserer gestrigen Nummer sei noch ergänzt: Um zu den Kosten der neuen Orgel zu kommen, haben die Pfarrgeistlichen alle Häuser und Familien der Pfarre besucht und um einen monatlichen Beitrag gebeten, der durch Sammler abgeholt werden sollte. Eine Liste ist nicht vorgelegt worden. Es bleib vielmehr den Beitragenden unbekannt, was andere zu zahlen versprachen. Auch verpflichtete sich niemand zu einer bestimmten Zahlung, vielmehr bleibt der Beitrag immer ein durchaus freiwilliger. Die neue Orgel ist bereits Mitte Mai bei der Firma Ernst Seifert Söhne in Köln und Kevelaer bestellt worden, nachdem der Kirchenvorstand am 9. Mai ds. Js. dies beschlossen hatte. Die erste Rate wurde bereits am 17. Mai ds. Js. gezahlt. Die folgenden Raten sind zu zahlen bei Beginn der Montage in der Kirche in etwa 3 Wochen, die dritte und letzte nach Fertigstellung des Werkes. Fertiggestellt sein muß die Orgel zum Hl. Weihnachtsfeste. Der Gesamtpreis des ganzen Werkes beträgt 38 500 Mark einschließlich Aufstellung. Das ganze Werk zählt 3626 Pfeifen, dazu eine große Zahl von Koppeln und Kombinationen. Der Spieltisch zählt 3 Manualen und ein Pedal. Die Pfeifen des ersten und zweiten Manuale stehen in Schwelltüsten, die vom Spieltisch aus reguliert werden. Der Wind wird elektrisch erzeugt, auch ist die Traktur des ganzen Werkes elektrisch (nicht pneumatisch). — Die Orgel wird auf der vorhandenen neuen Orgelbühne aufgestellt. Diese Tage wird begonnen mit einem Anschluß der neuen Orgel an das städtische elektrische Kabel; auch wird in den nächsten Tagen die alte Orgel entfernt. Es läßt sich noch nicht angeben, wann die freiwilligen Beiträge die Kosten für das neue Werk zusammengebracht haben werden; doch kann schon gesagt werden, daß die Beiträge erfreulich fleißig fließen, abgesehen von einigen Rückschlägen, mit denen man bei großen Sammlungen immer rechnen muß. Möge Gottes Segen und die Opferfreudigkeit der Gläubigen das ganze große Unternehmen begleiten und zur glücklichen Vollendung bringen.

z. **Verein kath. Akademiker.** Der zweite Vortrag im Rahmen des Winterprogramms findet am kommenden Donnerstag, den 17. November statt und zwar wird Herr Pater Dr. Chrysost. Schulte, Münster das Thema behandeln „Unsere Stellung zur Körperkulturbewegung". Zu der Veranstaltung ist Jedermann, auch Nichtakademiker, herzlich willkommen.

n. **Hebung und Förderung des Deutschen Männergesanges. — Aussprache verschiedener Bocholter Männergesangvereine über Zusammenarbeit.** Zu einer Aussprache über dieses Thema hatten sich am Sonntag vormittag im Musikzimmer des Gesellenvereins die Vorstände nachstehender Vereine zusammengefunden: Gesangabteilung des kath. Gesellenvereins, M. G. V. „Sängerlust", Quartettverein Bocholt und M. G. V. „Sängerbund" e. V. Der 2. Vorsitzende des letztgenannten Vereins, Herr Langela, sprach über Ziele und Zweck der Zusammenkunft, die in der Zusammenarbeit in der Erhaltung und Pflege des deutschen Liedes und vor allem unseres Volksliedes liegen sollen. Die anwesenden Vertreter stimmten den Ausführungen lebhaft zu. Ein vorläufiger Ausschuß wird in den nächsten Tagen zusammentreten und gewisse Richtlinien ausarbeiten, die später einer Vollversammlung unterbreitet werden sollen. Des weiteren wurde beschlossen, der Stadtgemeinde den Vorschlag zu unterbreiten, künftig bei Neubenennungen von Straßen und Plätzen, auch die Namen unserer großen deutschen Komponisten, wie Beethoven, Wagner, Silcher oder andere, berücksichtigen zu wollen. Ferner wurde bekannt gegeben, daß der Deutsche Sängerbund ab 1. Oktober ds. Js. eine bedeutsame Neueinrichtung, durch die Schaffung eines eigenen Korrespondenzblattes, das berufen ist, die Verbindung der deutschen Männerchor-Bewegung mit der Tagespresse herzustellen, eingerichtet hat. Bis Ende Januar werden etwa 1000 Zeitungen mit diesem Korrespondenzblatt beliefert werden. Nach einem kurzen Bericht über den 13. Westfälischen Sängertag in Dortmund, unter dem Vorsitze des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Eichhoff, Dortmund am 16. Oktober ds. Js., wurde die Sitzung mit Worten des Dankes an die Teilnehmer, geschlossen. Der westfälische Sängergruß „Grüß Gott mit hellem Klang, heil deutschem Wort und Sang", gab der ersten Tagung einen harmonischen Abschluß.

* * *

r. **Anholt**, 10. Nov. **Martinszug.** Die schöne niederrheinische Volkssitte, die am Abend vor St. Martin die Kinder zum frohen Zuge versammelt, ist seit einigen Jahren auch in Anholt wieder zum Leben erwacht. Um die Kinderfeier in geordnete und gesicherte Bahnen zu lenken, hatte in diesem Jahre die Stadtverwaltung die Organisation des Zuges übernommen. So konnte sich unter der Leitung der Anholter Lehrerschaft ein schöner, wohlgeordneter Kinderzug entwickeln, den die Anholter Freiwillige Feuerwehr zur Sicherung der Kinder begleitete. Als die Dunkelheit des Novembertages sich auf die Stadt gesenkt hatte, sammelte sich an der evangelischen Schule die Kinderschar und nahm dort Aufstellung. Dann zog der Hl. Martin, der Kinderfreund, hoch zu Roß an der Spitze des leuchtenden Zuges über den alten Wall an der kath. Kirche vorbei durch unser Städtchen. Die alten schönen Martinslieder erklangen aus frohen Kinderkehlen mit Begleitung einer Musikkapelle. Und die flimmernde, lange Reihe der Fackeln unter denen sich einige besonders originelle Stücke befanden (Schloß, Rathaus, Kirche), gab ein zauberhaftes Bild besonders bei dem Einzug zum Schloß, wo die Lichter in dem dunklen Wasser sich gespenstig wiederspiegelten. Im Schloßhof erwartete die Fürstliche Familie mit ihren Gästen den frohen Zug und jedes Kind erhielt eine süße Martinsgabe. Dann zog die Lichterreihe wieder zurück durch die Straßen der Stadt und an alle Kinder wurden zum Abschluß abermals wohlgefüllte Düten verteilt. Sogar das „Bocholter Volksblatt" hatte durch Vermittlung des Hl. Martin für jedes Kind ein süßes Paket geschickt. Wer in die leuchtenden Kinderaugen sah und den frohen Kindergesang hörte, wußte, welch unvergeßlicher Eindruck dieser Abend für die Kinderherzen bleiben wird und erkannte auch wieder den tiefen Gemütswert des alten Volksbrauches. Dank allen, die zum Gelingen des Festes beitrugen und allen denen, die durch ihre Spenden die Kinder erfreuten.

g. **Anholt**, 10. Novbr. **Kath. Gesellenverein Bocholt, Ortsgruppe Anholt.** Die Ortsgruppe Anholt des kath. Gesellenvereins Bocholt veranstaltet am kommenden Sonntag, nachmittags 4 Uhr, im Dreckerschen Saale eine Familienfeier. Das reichhaltige Programm weist musikalische Darbietungen, Chorlieder und zwei Theaterstücke auf. Zur Aufführung kommen die Lustspiele „Wirrwarr" oder „Das verlorene Testament" und „Schuster bleib bei deinen Leisten". Der Herr Bezirkspräses wird eine Ansprache halten. Den Besuchern stehen einige schöne, gehaltvolle Stunden bevor. Zu der Feier sind alle Meister und Gesellen sowie deren Angehörige über 18 Jahre herzlich eingeladen.

a. **Borken**, 11. Nov. **Viehmarkt.** Zum gestrigen Viehmarkt waren 361 Pferde und Fohlen, 96 Stück Rindvieh und 517 Schweine aufgetrieben. Pferde 1. Sorte kosteten 600—900 R.-Mk., 2. Sorte 400—600 R.-Mk., 2½ jährige Tiere 400—600 R.-Mk., 1 jährige Tiere 300—400 R.-Mk. Für beste Kühe wurden 450—600 R.-Mk., für 2. Sorte 350—450 R.-Mk. bezahlt. Ferkel kosteten je Ulterswoche 1,70—2 R.-Mk. je nach Qualität. Nächster Vieh- und Krammarkt am 1. Dezember.

* **Burgsteinfurt**, 10. Nov. **Tötlich verunglückt.** Am Mittwoch nachmittag ist der Landwirt Große-Gamemann in Pentrup beim Holzabladen tötlich verunglückt. Der Verunglückte stand im Alter von etwa 27 Jahren.

Staatsbürgerlicher Bildungsabend in Bocholt.

Am Mittwoch abend 8 Uhr veranstaltete die Reichszentrale für Heimatdienst, Landesabteilung Westfalen, im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung in der Aula des städtischen Gymnasiums einen staatsbürgerlichen Bildungsabend, der ebenso wie der aus drei Vortragsabenden bestehende Lehrgang der Reichszentrale im vergangenen Jahre aus allen Schichten der Bevölkerung stark besucht war. Der Vorsitzende, Herr Dr. Grütters von der Landesabteilung Münster, hieß alle Teilnehmer herzlich willkommen und dankte ihnen für ihr zahlreiches Erscheinen. Besonders sprach er der Stadtverwaltung für ihr Interesse und ihre Unterstützung der Veranstaltung seinen Dank aus. Nachdem er dann noch in kurzen Zügen auf den neutralen Charakter der Reichszentrale hingewiesen, die überall das Einigende betonen und fördern wolle und wichtige staatsbürgerliche Erziehung leiste, erteilte er dem ersten Redner des Abends, Herrn Direktor Dr. Stricker, das Wort zu seinem Vortrag über „Die Kräftegruppierung in der Weltpolitik".

Einleitend betonte der Redner, daß eine Betrachtung der weltpolitischen Kräfteverteilung besonders vom Standpunkte Deutschlands deswegen von Bedeutung sei, weil sich aus dem Verhältnis der einzelnen Staaten zueinander gewisse Flogerungen für die Lage Deutschlands ergäben. Wenn man die heutige Stellung Deutschlands mit der der Vorkriegszeit vergleicht, so kommt man zu dem Resultat, daß Deutschland damals in der Welt eine ganz andere Bedeutung hatte als heute und zwar nicht nur auf Grund seiner wirtschaftlichen Fähigkeiten, sondern auch in seiner militärischen Macht. Aus der Tatsache der engeren Grenzen, der geringeren Bevölkerung, des Verlustes der Kolonien usw. ergibt sich die Folgerung, daß unsere Politik heute von ganz anderen Voraussetzungen ausgehen muß. Entsprechend unserer militärischen Stärke beruhte unser Ansehen in der Vorkriegszeit zum größten Teil auf Furcht, heute dagegen resultiert unsere Bedeutung in der Welt aus der Tatsache, daß wir eine große wirtschaftliche und kulturelle Macht darstellen, mit der man innerhalb der Weltpolitik rechnen muß.

Im Einzelnen zeigt eine Betrachtung der gegenwärtigen Stellung Deutschlands innerhalb der weltpolitischen Kräfteverteilung folgendes Bild: Deutschland ist mit seiner 100 000 Mann starken, schlecht ausgerüsteten Reichswehr gegenüber einer Friedensarmee von 800 000 Mann heute militärisch vollständig bedutungslos, liegt dabei aber im Herzen Europas inmitten militärisch starker Staaten wie Frankreich mit seinen 750 000 Mann, Italien mit seiner starken Armee und Miliz, Polen usw. England, Amerika, Japan zeigen das gleiche Bild. Daraus folgt, daß wir unsere Politik ganz anders einstellen müssen. Das frühere Pochen auf unsere in Heer und Flotte sich repräsentierende Kraft, das auch Erfolg hatte, ist heute unmöglich. Gegenüber den Mittelmächten, die allein vollständig abgerüstet haben, haben die anderen Staaten rund 10 Millionen Mann unter den Waffen.

Ein objektives Bild verlangt auch die Betrachtung weiterer Momente. Wie ist unsere parteipolitische Lage? — Deutschland ist heute nicht mehr der am meisten zerklüftete Staat. Die innere Festigkeit ist bei einer Reihe anderer Staaten viel geringer. Wo das Parteileben allerdings unterdrückt ist, ergibt sich das Bild einer Scheineinigkeit, sonst aber sehen wir überall starke Spannungen im innerpolitischen Leben der Staaten, wie in Frankreich, der Tschechoslowakei, in Rumänien, in Polen, Spanien, Italien und Rußland haben starke Regierungen, die aber wegen der auf die Dauer unhaltbaren Knechtung der politischen Freiheit des einzelnen Staatsbürgers unhaltbar werden. Während wir bei uns eine Gruppierung der Parteien nach Weltanschauungen und Berufen haben, kommt dazu in vielen anderen Staaten noch eine Scheidung nach Nationalitäten. (Das kleine Rumänien hat z. B. 17 Parteien.) Die parteipolitische Konstellation ist aber von großer Bedeutung für die weltpolitische Kräfteverteilung. Von dem früheren Haß und der Angst vor Deutschland ist heute in der Welt nicht so viel mehr zu spüren, unsere Lage ist nicht mehr so stark isoliert. — Welche Auswirkungen die parteipolitische Konstellation für die Beziehungen zweier Staaten hat, zeigte der Redner durch eine Betrachtung Deutschlands und Hollands, dessen politische Gestaltung ungefähr den deutschen Verhältnissen entspricht. Die Verbindungen und Beziehungen zwischen den gleichgerichteten Parteigruppen verschiedener Staaten sind weltpolitisch von größter Bedeutung.

Eine Betrachtung der geographischen Lage Deutschlands zeigt uns sofort die Schwierigkeiten der deutschen Außenpolitik. Deutschland hat die meisten Nachbarn; diese ungünstige Lage schafft Schwierigkeiten, die unsere Außenpolitik bestimmen. Angesichts der sich gegenüber stehenden Bestrebungen einer östlich oder westlich gerichteten Politik ist zu betonen, daß eine einseitige Festlegung nach Osten oder Westen gleich falsch ist, weil sie die Gefahr in sich schließt, daß Deutschland bei einem Krieg zwischen der östlichen und westlichen Gruppe zum Kriegsschauplatz werden könnte. Die starken Spannungen, die sich im Osten und Westen zwischen unseren Nachbarn zeigen, zwingen zu einer äußerst vorsichtigen Politik. Dazu kommt, daß die Grenzverhältnisse im Osten unklar und ungerecht sind. Mindestens 10—12 Millionen unserer Volksgenossen sind politisch von uns getrennt, die zu ihrem Mutterlande geschlagen werden könnten, ohne daß dadurch Ausländer Deutschland einverleibt würden.

Von größter Bedeutung für unsere Stellung innerhalb der weltpolitischen Kräfteverteilung ist unsere wirtschaftliche Lage. Während wir vor dem Kriege in der Weltwirtschaft an zweiter Stelle standen, sind wir jetzt weit zurückgeworfen. Die heutige Blüte unserer Wirtschaft ist zum Teil Scheinblüte, weil sie auf einer starken Investierung von ausländischem Kapital zurückgeht. Sie kann auf die Dauer nicht anhalten, denn wir haben immer noch eine passive Zahlungsbilanz. Dazu kommen die starken Vermögensabgaben auf Grund des Dawesplanes, der erst im nächsten Jahre zur vollen Auswirkung kommt und uns dann zur jährlichen Abgabe von 2½ Milliarden Goldmark zwingt. Die mannigfachen Schwierigkeiten werden dazu führen, daß man sich in einigen Jahren zur Revision des Zahlungsplanes wieder an den Verhandlungstisch setzen muß. — Kann Deutschland auf Grund der veränderten Verhältnisse innerhalb der Weltwirtschaft wieder den alten Platz wie in der Vorkriegszeit einnehmen? — Die Aussicht ist gering. Die Absatzgelegenheiten sind zunächst wegen der Zollmauern geringer geworden. Einige andere Staaten bilden große geschlossene Reiche, innerhalb deren sie eigene Märkte haben. Ferner sind in Krieg und Nachkriegszeit in unseren Rohstoffländern, die wir früher mit Industrieprodukten belieferten, starke Industrien entstanden (Indien, China, Australien). Unsere Stellung in der Weltwirtschaft ist daher ganz anders, und zwar erheblich ungünstiger als früher.

Wenn wir uns nun fragen, was geschehen kann, um eine günstigere Entwicklung herbeizuführen, so müssen wir sagen: Zunächst äußerst vorsichtige Außenpolitik, keine einseitigen Bündnisse gegen andere Mächtegruppen, sondern Förderung einer friedlichen Entwicklung und des Interessenausgleichs zwischen den einzelnen Nationen. Wichtiger ist unsere Einstellung auf wirtschaftspolitischem Gebiet, wo wir die Lage allerdings allein nicht ändern können. Solange überall hohe Zollmauern bestehen, ist eine großzügige Wirtschaftsentwicklung nicht möglich. Europa muß versuchen, in überseeischen Ländern wieder große Absatzmärkte zu gewinnen. Ziel der europäischen Wirtschaftspolitik muß die Zusammenarbeit sein. Ein Paneuropa im Sinne eines einheitlichen Staatsgebildes ist in den nächsten 100 bis 150 Jahren nicht möglich, ein wirtschaftlicher Ausgleich ist aber jetzt schon zu erreichen, vor allen Dingen in der Zollpolitik, wenn auch eine Beseitigung der Zollschranken von heute auf morgen nicht möglich und auch nicht erwünscht sein kann. Wenn wir zu besseren wirtschaftlichen Verhältnissen kommen, dann tragen wir auch bei zu einer günstigen Beeinflussung der weltpolitischen Kräfteverteilung. Nicht nur die außenwirtschaftlichen Maßnahmen bedürfen der Reform, sondern auch die innere Wirtschaft verlangt Umstellung. Nicht nur Produktionssteigerung durch Typisierung, sondern auch Erzielung von Qualitätsarbeit ist notwendig. Von besonderer Bedeutung ist eine arbeitsfreudige Arbeitnehmerschaft.

Der Redner schloß mit der Forderung bewußter Pflege des Staatsbürgergedankens. Jeder muß sich als Glied des Staates fühlen und zwar als verantwortliches Glied. Sonst ist kein Ausgleich der einzelnen Interessen möglich. Erst die Erkenntnis, daß jeder Einzelne der kleine mitbestimmende Teil eines großen Organismus ist, führt zum Verstehen der Nöte der anderen Stände und Gruppen und zu wahrer staatsbürgerlicher Gesinnung, die wir heute mehr als je gebrauchen.

Nach den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen dankte Herr Dr. Grütters dem Redner für seinen interessanten und lehrreichen Vortrag und erteilte dann, da niemand das Wort zur Diskussion wünschte, dem zweiten Redner des Abends, Herr Landesrat Rediger, das Wort zu seinem Vortrag über „Die Selbstverwaltung der Provinz Westfalen".

Einleitend bemerkte der Redner, daß die Provinz Westfalen 59 Stadt- und Landkreise umfasse, der Provinzialverband daher als Kommunalverband in weiterem Sinne bezeichnet werden könne. Die preuß. Provinzen erhielten eine Selbstverwaltung vor 100 Jahren durch den Freiherrn von und zum Stein, mit dessen Name das Wort Selbstverwaltung immer zusammen genannt wird. Aber diese Selbstverwaltung war erst ein kleiner Anfang und verdient nach unserer heutigen Auffassung ihren Namen kaum noch. Im Oktober 1826 kamen in Münster zum ersten Mal die Provinzialvertreter zusammen mit der Aufgabe, die Provinz nach den damaligen Zuständen mitzuverwalten. Es bildeten sich im Ständehaus 4 Stände; zum 1. Stand gehörten die reichsunmittelbaren Fürsten (10 erbliche Mitglieder); zum 2. Stand 20 Mitglieder der Ritterschaft, die in 6 großen Wahlkreisen von ihren Standesgenossen gewählt wurden, zum 3. Stand 20 von den Städten gewählte Mitglieder und zum 4. Stand 20 von den Grundbesitzern, die in den übrigen Ständen nicht vertreten waren, gewählte Mitglieder. Wählbar waren nur Christen. Die Zusammensetzung entsprach den damaligen Verhältnissen. Die preußische Krone beanspruchte aber alle Entscheidungen für sich allein. Trotzdem aber hat die alte Ständeversammlung die Belange der Provinz sehr gut vertreten. Sie hatte nicht das Recht, sich einen eigenen Vorsitzenden zu wählen, sondern als solcher wurde ein Landesmarschall bestimmt. Die Sitzungen waren nicht öffentlich. Diese alte Verfassung hielt sich bis 1886. Auf Grund der neuen Provinzialordnung erhielten die Stadt- und Landkreise, die jetzt steuerpflichtig geworden waren, das Wahlrecht für diese Provinzialversammlung. Bis 1887 gab es in der Versammlung noch keine Handwerker, Arbeiter und Kleinbürger. Aber auch diese Periode hat glänzende Leistungen vollbracht. Krieg und Revolution schufen dann eine grundlegende Aenderung. Das Dreiklassenwahlrecht im Kreise fiel und auch die Wahlen zum Provinziallandtag wurden durchgeführt auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Der jetzige Provinziallandtag hat 132 Abgeordnete, eine Zahl, die zwar zu hoch, aber durch die Einwohnerschaft festgelegt ist. Diese Abgeordneten sind zu Parteien zusammengeschlossen. Der Provinziallandtag tritt für normale Zeiten einmal im Jahre für 4—5 Tage zusammen.

Ein zweites wichtiges Organ der Selbstverwaltung ist der Provinzialausschuß, der 20 vom Landtag nach dem Verhältniswahlrecht gewählte Mitglieder zählt, die laufenden Geschäfte führt und nach Bedarf zusammentritt. Ausführendes Organ der Selbstverwaltung ist der Landeshauptmann. Der Oberpräsident ist Staatsbeamter und hat mit der Selbstverwaltung nur insofern etwas zu tun, als er die Tagungen des Provinziallandtages eröffnet und schließt. Der Landeshauptmann ist nicht Mitglied des Provinziallandtages, aber stimmberechtigtes Mitglied des Provinzialausschusses. Das sind die Träger der Selbstverwaltung der Provinz.

Der Provinzialverband hat 1. Auftragsangelegenheiten zu erledigen, d. h. Angelegenheiten, die durch Gesetz im Reich oder in Preußen geschaffen sind, deren Ausführung man aber der Provinz überläßt; 2. freiwillige Leistungen, die nach der Provinzialordnung zulässig sind und sich nach den besonderen Verhältnissen einer Provinz richten. In der Hauptsache sind die Ausgaben wirtschaftlicher und sozialer Natur, beide halten sich in Westfalen hinsichtlich der Bedeutung und der Kosten ziemlich die Wage.

An wirtschaftlichen Aufgaben hat die Provinz zu leisten: 1. Sorge für durchgehenden guten Straßenverkehr. Die Durchgangsstraßen stammen in Westfalen zum Teil noch aus der Zeit Napoleons, gingen dann später in den Besitz des Staates über, der sie der Provinz zur Unterhaltung überwies. Es handelt sich um rund 2800 Kilometer Straßen. Diese Aufgabe ist angesichts des rasend zunehmenden Kraftwagenverkehrs heute besonders wichtig, da es sich nicht nur um die Unterhaltung vorhandener, sondern auch um die Anlage neuer Straßen handelt. Seit einigen Jahren sind in Westfalen viele Kreisstraßen auf den Provinzialetat übernommen worden. — Die 2. Aufgabe der Arbeitsvermittlung, die durch das Arbeitsamt für Westfalen und Lippe in Münster erledigt wurde, geht jetzt auf das Reich über. Das neue Arbeitsamt kommt nach Dortmund. — Die 3. Aufgabe ist der Betrieb der Landesbank, die 1830 gegründet wurde und heute das Kreditinstitut der städtischen und kommunalen Sparkassen ist. — 4. Die Provinz unterhält eine Lebensversicherungsanstalt und eine Feuersozietät. — 5. Sie hat den Provinzialwald und Grundbesitz zu verwalten. — 6. In neuerer Zeit beteiligt sie sich am Luftverkehr, nimmt Stellung zu Knanalbauten, Kraftwagenlinien und Gasfernversorgung.

Die sozialen Maßnahmen der Provinz, die meist Auftragsangelegenheiten darstellen, umfassen folgende Gebiete: 1. Die Fürsorgeerziehung ist Sache der Provinz. Da sie keine eigenen Anstalten hat, sind die rund 8000 Zöglinge in konfessionellen Anstalten untergebracht. — 2. Sie betreibt die Blindenfürsorge in eigenen Anstalten und Schulen in Soest u. Paderborn. — 3. Sie hat die Fürsorge für Taubstumme in den Schulanstalten in Buer, Langenhorst, Büren und Petershagen. — 4. Die Provinz sorgt für die Krüppelfürsorge, das jüngste aber auch erfolgversprechendste Glied der sozialen Tätigkeit. Die Pflege geschieht in zwei konfessionellen Anstalten. — 5. Die Provinz übernimmt die Durchführung bestimmter Maßnahmen der Unfallversicherung; der Provinzialausschuß ist der Vorstand der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. — 6. Außerdem unterhält die Provinz Westfalen in Bochum und Paderborn eine Provinzialfrauenklinik zur Heranbildung von Hebammen und Säuglingspflegerinnen, außerdem in Geseke ein Landarmenkrankenhaus. — 8. Der Provinz unterliegt die Fürsorge für die Geisteskranken, die früher nach dem allgemeinen Landrecht Sache des Staates war. 1816 bestand in ganz Westfalen nur eine Irrenanstalt mit 16 Plätzen. Im Gegensatz zu früher, wo die Geisteskranken nach geradezu barbarischen Methoden behandelt wurden, ist die Irrenfürsorge jetzt ganz anders eingerichtet. Während die Anzahl der Geisteskranken während des Krieges zurückging, zum Teil infolge der erhöhten Sterblichkeit, dann nach ärztlicher Meinung auch infolge des geringen Alkoholverbrauches, setzte in den Jahren 1919 und 1920 eine rapide Steigerung ein. Zur Zeit hat die Provinz in 6 Anstalten rund 7800 Geisteskranke zu betreuen.

Der Redner betonte im Anschluß an die Behandlung der einzelnen Provinzialaufgaben, daß sich die Aufgaben auf sozialem Gebiet am besten im Provinzialverbande erledigen ließen mit den Gliedern des Provinzialverbandes, den Kreisen und Städten und daß die großen Aufgaben in den Anstalten von dem weltlichen Pflegepersonal, ganz besonders aber von den Ordensschwestern in vorbildlicher Art geleistet würden. Er gab am Schluß seiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß der Vortrag zum Verständnis für die großen Aufgaben der Provinz und für die Bedeutung und Stellung unserer engeren Heimat Westfalen innerhalb des gesamten Staates beigetragen haben möchten.

In Vertretung von Herrn Dr. Grütters sprach Herr Beigeordneter Dr. Kaut dem Redner im Namen aller Teilnehmer seinen Dank für die interessanten Ausführungen aus und schloß die Veranstaltung mit dem Wunsche, daß die Landesabteilung Westfalen der Reichszentrale für Heimatdienst der Bevölkerung der Stadt Bocholt noch häufiger solch interessante Bildungsabende vermitteln möge.

Geschäftliches.

Hotel zur Post. Am heutigen Freitag abend von 8 Uhr ab, findet im Hotel zur Post ein Bunter Abend statt, bei dem der Rezitator Otto Berndrote, Millheim ernste und heitere Vorträge halten wird. Gute Musikvorträge werden zur Hebung der Stimmung beitragen. Es kann somit auf genußreiche Stunden gerechnet werden.

Serien-Tage!

Aus allen Abteilungen haben wir Artikel zusammengestellt, die zu besonders

niedrigen Einheits-Preisen

in den Verkauf gebracht werden.

Günstige Einkaufs-Gelegenheit auch für Winter-Waren

0.25

1 Frottierhandtuch
3 Damen-Taschentücher
3 Kinder-Taschentücher
1 Kinder-Lätzchen
5 Docken Stickwolle
8 m Barmer-Bogen
2 m hübschen Feston
4 m Klöppel-Spitze
1 vorgez. Tabl. Deckchen
5 Rollen Stopftwist
1 Sort. Perlm.-Knöpfe
4 Stck. Leinenband
5 Stck. bw. Band
1 Stck. Gard.-Kordel
1 Kurzw.-Beutel
mit Nähutensilien
5 Dtz. Hosenknöpfe
3 Dtz. Sicherh.-Nadeln
6 Briefe Stecknadeln
5 m Gummiband
Blusengummi
3 Dtz. Druck-Knöpfe
schwarz und weiß
3 Dtz. Beinringe

0.50

1 Damen-Hemd
Trägerform
1 m Hemdentuch
gute Qualität
1 m schwer. Rohnessel
3 Trockentücher
1 m Gerstenkorn
mit rotem Rand
1 Frottierhandtuch
mit Rand
1 Knaben-Schürze
Siamosen
1 Kinder-Schlupfhose
in allen Farben
1 Paar Erstlingsschuhe
gehäkelt
1 Kinder-Mützchen
reine Wolle
1 m Feston
7—8 cm breit
2m la Strumpfgummiband
2 Paar Strumpfhalter
3 Herren-Taschentücher
weiß
1/2 Dtz. Dam.-Taschentüch.
weiß mit Hohlsaum
1 Paar Damenstrümpfe
b'wolle.
1 Paar Herren-Socken
1 Paar Damenhandschuhe

0.95

1 m Kleiderschotten
1 m Rohköper
la Qualität
1 m Bettkattun
1 m Schürzen-Siamosen
1 m Schürzendruck
1 m Biber
für Unterröcke
1 m Wischtuchgebild
2 Handtücher
abgepaßt
3 m Gerstenkorn
1 Knaben-Spielanzug
1 Damen-Schlupfhose
farbig
1 Damen-Schürze
Siamosen
1 Kinder-Schürze
Siamosen
1 Damen-Untertaille
mit Feston
1 Kissenbezug
3 Herren-Ripskragen
1 Paar Damenstrümpfe
la b'wolle
1 P. gem. Herrensocken
1 Crep de chine
Blusen-Kragen
1 Lage Wolle
100 gr. in allen Farben

1.95

1 m reinw. Popeline
in vielen Farben
1 m Schotten
la Halbwolle
1 m gem. Cheviot
reine Wolle
1 m Woll-Musseline
einfarbig
1 m Bettuchbiber
1 m Haustuch
gute Qualität für Bettücher
1 m Damast
gestreift 140 cm
4 m Hemdentuch
la Qual.
3 m Baumw. Flanell
für Sporthemden
2 m Haustuch
80 cm breit la Qualität
1 Schlafdecke
140 190
1 Damen-Servierschürze
weiß mit Feston
1 Kaffeedecke
hübsch gemustert
1 Damenprinzeßrock
mit Klöppel
1 Herren-Normalhemd
wollgemischt
2 Damen-Hemden
Achse schluß
1 kunsts. Damen-Prinzeßrock
1 Paar Damen-Strümpfe
Seidenflor

2.95

6 m Gerstenkorn
48 cm breit
2 m Rohnessel
160 cm breit la Qualität
2 Schlafdecken
140/190
1 m Damast
für Tischtücher
1 m la Halbleinen
160 cm breit
1 m Bettdamast
140/160 cm
3 m Kleiderzephir
einfarbig
6 Wischtücher
58/60
6 Gerstenk.-Handtücher
48 100
1 m Inlett
140 160 cm breit
1 Pfund la Federn
1 Normal-Einsatzhemd
1 Damen-Prinzeßrock
mit Feston
1 Damen-Nachthemd
mit Hohlsaum
1 Paar waschs. Damen-Strümpfe
1 Bettuch
150/190, bunt gestreift
1 Buxkin-Herrenhose
1 Herren-Futterhose

Trikotagen und Wollwaren

Normal-Hemden gute wollgem. Qualität	3.75	2.45	1.95
Normal-Jacken gute wollgem Qualität	2.95	2.25	1.75
Normal-Hosen mit und ohne Überschlag	3.50	2.25	1.45
Einsatz-Hemden nur la. Qualität mit hübschen Einsätzen	3.75	2.45	1.95
Futter-Hosen gute warme Qualität	3.25	2.75	2.45
Wolldecken 140/190 gute Qualität		12.50	8.90
Kinder-Unter-Anzüge in Normal und Futter	2.25	1.80	1.45
Wollene Kinder-Jacken grau gestrickt		1.95	1.55
Herren-Wolljacken schwarz (Metzgerjacken)		8.60	7.90
Grau gestr. Herren-Jacken reine Wolle	9.75	7.20	5.75
Gestr. Kinder-Höschen schwarz, reine Wolle	1.95	1.65	1.25
Wolldecken Jaquard 140/190		25.50	19.75
Damen-Jacken E'wolle, mit und ohne Arm	1.85	1.35	1.25
Damen-Westen Seelenwärmer, reine Wolle	6.75	5.95	5.25
Gestr. Kinder-Röckchen reine Wolle, farbig	2.95	2.35	1.75
Woll-Schals in hübschen Dessins	1.95	1.55	1.35
Kinder-Mützen reine Wolle	0.95	0.75	0.50
Kamelhaardecken prima Qualitäten 150/205	58.00	48.00	39.50

Hermann Pottmeyer

am Markt

Artillerieverein
Versammlung
Sonntag 17,30 Uh findet im Bürgerkrug eine wichtige statt
Tagesordnung: Weihnachten u. Winterfest.
Samstag 21,15
Vorstandssitzung
im Bürgerkrug.
Das Erscheinen aller erwartet
der Vorsitzende.
Plank.

Möchte mich mit
2-3000 M.
an einem guten Unternehmen beteiligen.
Offerten unter B 3494 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Teppiche-Läufer ohne Anz in 10 Monatsraten lief. Agay&Glück Frankfurt a. M. Gutleutstraße 75. Schreiben Sie sofort.

Suche kleinen gebrauchten
Dauerbrenner
zu kaufen.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Für kleinen Haushalt für bald ein flinkes, sauberes
Mädchen
von 14—16 Jahren, für vormittags für alle vorkommenden Hausarbeiten gesucht.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Älteres kath. Mädchen, welches schon in Stellung war, sucht
Stelle
im ruhigen Haushalt.
Adressen an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Junger Kaufmann, 28 Jahre alt, mit allen vorkommenden Büro-Arbeiten vertraut, sucht sofort oder 1. 1. 1928
Stellung
bei Bocholter Firma. Zur 1½jährigen Volontärtätigkeit zwecks Einarbeitung bin ich bereit.
Gefl. Angebote unt. B 3495 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Leeres
Zimmer
an der Schwanenstr. zum 1. 12. zu vermieten.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Damenbinden
in allen Ausführungen und Preislagen.
Drogerie Bruns
Nordstraße 22.

Zentralverb. christl. Textilarbeiter
Ortsgruppe Bocholt.
Sonntag, den 13. ds. Mts., morgens 11¼ Uhr, im Saale des Arbeiter-Vereins St. Josef
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung: Der Abschluß der Lohnbewegung in der münsterländischen Textilindustrie.
Redner: Bezirksleiter Kollege Heete, Münster
Es wird erwartet, daß alle Mitglieder an der Versammlung teilnehmen.
Der Vorstand.

Bielefelder
Herren-Wäsche
in grosser Auswahl bei
Hirsch
am Markt Ecke Oststr.
Moderne Krawatten

Hotel zur Post
Heute (Freitag), 11. November, abends 8 Uhr:
BUNTER ABEND
Heitere u. humoristische Vorträge des Rezitators Otto Berndroth, Mülheim.
Musik: Spangenberg-Heinze.

Wegen vorgerückter Saison
verkaufe ich sämtliche
Damen- u. Kinderhüte
zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.
FRAU MARTHA KOCK
Bocholt, Nobelstr. 31.

DRUCKSACHEN
aller Art liefern schnell und billig
J. & A. TEMMING

Heute besonders preiswert!
Farbiger Samt
die große Mode.
Großer Posten eingetroffen in guten Qualitäten
im Preise v. 3.50—4.95 M. p. Mtr.
Kaufhaus Kemming
Bocholt, Nordstr.

Geschäfts-Eröffnung
Eröffnete in der Realschulstraße 11 ein
Blumen-, Obst-, Gemüse- und Samen-Geschäft.
Empfehle mich ferner zum Instandsetzen und Pflegen von Gärten und Gräbern, sowie Schneiden und Pflegen von Obstbäumen.
Hochachtungsvoll
Josef Langela.
Gärtnerei Eintrachtstraße.
Laden Realschulstr. 11.

Unterzeuge, Handschuhe
für
Damen, Herren und Kinder
kaufen Sie in altbewährten Qualitäten
bei
J. & F. Biergans
Osterstraße (Diepenbrockhaus)

Everhard Heissen
Ravardistraße 8
empfiehlt
Regenschirme
schwarz und farbig
in größter Auswahl.
Täglich Eingang von Neuheiten.

Anzeigenpreis für das 1-spaltige Millimeter: 12 Pfg. lokale Anzeigen 7,7 Pfg., Familienanzeigen 7,7 Pfg., Kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche Anzeigen, parteipolitische Anzeigen 10 Pfg.
Bezugspreis: 2.85 Goldmark. Einzelpreis 10 Pfg.